



NATIONALRATSABGEORDNETER

HERMANN GAHR



Weiental 37 | 6123 Terfens

0664 / 454 08 30

hermann.gahr@parlament.gv.at | www.gahr.at

GREIFBAR | ERREICHBAR | EINSETZBAR

Parlament Kompakt | Newsletter Nr. 41 | 20. Oktober 2011

Liebe Funktionärinnen und Funktionäre, liebe Freunde!

Stabilität, Berechenbarkeit und Verantwortung - das sind die Säulen für das Budget 2012, das Finanzministerin Maria Fekter in ihrer ersten Budgetrede dem Nationalrat vorgelegt hat.

Österreich ist im Vergleich zu anderen Staaten bisher gut durch die Finanz- und Schuldenkrise gekommen. Das soll auch weiter so bleiben. Das Budget soll dazu beitragen, die gemeinsame Währung, den Wohlstand und die Ersparnisse der Menschen zu sichern, das Defizit mittelfristig abzubauen und trotzdem das wirtschaftliche Wachstum im Auge zu behalten. Wenn uns das nicht gelingt, geht es uns irgendwann so wie anderen Ländern, die durch hohe Defizite und ein Leben über staatliche Verhältnisse die Wirtschafts- und Finanzkrise nicht mehr alleine bewältigen können und der jungen Generation die Zukunft verbauen.

Das gesamtstaatliche Defizit soll 2012 auf 3,2 Prozent des Bruttoinlandsprodukts zurückgehen, die Verschuldensquote 74,6 Prozent betragen. Basis dafür ist der bis 2015 gültige Bundesfinanzrahmen. Für 2013 wird mit einem weiteren Anstieg der Schulden auf 75,5 Prozent des BIP gerechnet, ab 2014 aber soll dieser dann wieder sinken. Das Defizit soll 2013 unter die Maastricht-Grenze von drei Prozent fallen und bis 2015 auf zwei Prozent reduziert werden.

Trotz des Sparkurses ist es aber wichtig, in Zukunftsbereiche zu investieren. Daher gibt es zusätzliche Mittel für Forschung, Bildung, Familie, Arbeitsmarkt, Pflege und Klimaschutz. Sorgen auf der Ausgabenseite machen vor allem die stark steigenden Ausgaben für Pensionen und Zinsen. Die Pensionszuschüsse des Bundes steigen um 600 Millionen auf 10,2 Milliarden Euro an, die Ausgaben für Beamtenpensionen von acht auf 8,4 Milliarden Euro. Ab Anfang November folgen die Detailberatungen des Budgets in den jeweiligen Ausschüssen. Der Beschluss im Plenum des Nationalrates ist für Mitte November geplant.

Konsumentenfreundlichere Telekommunikation

Eine Novelle des Telekommunikationsgesetzes bringt für die Konsumenten einige Verbesserungen. So besteht zukünftig bei Telefon- und Datendiensten grundsätzlich die Wahlfreiheit zwischen elektronischer und Papierrechnung. Erstverträge dürfen maximal zwei Jahre laufen. Außerdem wird der Konsument vor Überschreitung des vertraglichen Inklusivvolumens mit einer SMS gewarnt.

Einmal mehr eingefordert wurden vom Nationalrat im Zuge dieser Debatte weitere Schritte für den Breitbandausbau, der für den ländlichen Raum von großer Bedeutung ist. Das Ziel muss sein, genügend Bandbreite für die österreichische Bevölkerung zur Verfügung zu stellen.

Klimaschutzgesetz

Nach langwierigen dreijährigen Verhandlungen wurde ein neues Klimaschutzgesetz beschlossen. Dieses schafft erstmals verbindliche Bund-Länder-Vereinbarungen für mehr Energieeffizienz, zur stärkeren Nutzung erneuerbarer Energieträger sowie für Klimaschutz in Raumplanung, Mobilitätsmanagement und Abfallvermeidung. Das Gesetz regelt, wie diese Aufgabenteilung stattfinden und wie jeder für die Erfüllung der Ziele seinen Beitrag zu leisten hat und im Falle der Nichterfüllung an den Lasten zu beteiligen ist.

Österreich hat sich für die Jahre 2008 bis 2012 völkerrechtlich und unionsrechtlich zu einer Reduktion der Treibhausgasemissionen von 13 Prozent gegenüber 1990 sowie weiters für die Jahre 2013 bis 2020 unionsrechtlich zu einer Reduktion der Treibhausgasemissionen von 16 Prozent gegenüber 2005 verpflichtet. Beschlossen wurden auch neue Regelungen für den Emissionshandel. So werden ab dem übernächsten Jahr die Verschmutzungsrechte nicht mehr zum Großteil gratis sein, sondern müssen in Versteigerungen erworben werden. Die Erlöse daraus fließen dem Bund zu.

Mehr Geld für Kinderbetreuung

Durch eine Bund-Länder-Vereinbarung wird der Ausbau von Kinderbetreuungseinrichtungen forciert. Diese Vereinbarung sieht für beide Seiten eine Zahlung von zusätzlichen 55 Millionen Euro bis zum Jahr 2014 vor. In der Nationalratssitzung wurden die Beschlüsse für den Bund gefällt: Für heuer gibt es seitens des Bundes zehn Millionen Euro, in den weiteren drei Jahren sind es jeweils 15 Millionen Euro. Durch diese Finanzspritze werden in den kommenden vier Jahren zusätzliche 20.000 Betreuungsplätze geschaffen. Besonderes Augenmerk liegt diesmal auf der Betreuung der Unter-Drei-Jährigen, deshalb dürfen von den Bundesmitteln maximal 25 Prozent für den Ausbau des Kinderbetreuungsangebots für Drei- bis Sechsjährige verwendet werden. Spezielle Unterstützung sollen Kinderbetreuungseinrichtungen mit erweiterten Jahresöffnungszeiten bekommen.

Mit dem Ausbau der Kinderbetreuung wird ein wichtiger Meilenstein gesetzt, wodurch mehr Wahlfreiheit für die Eltern geschaffen wird und eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf gewährleistet wird. Ein richtiger Schritt – denn Investitionen in Familie und Kinder sind Investitionen in unsere Zukunft.

Untersuchungsausschuss

Die Einsetzung eines Untersuchungsausschuss zu den Korruptionsaffären im staatsnahen Bereich wurde im Nationalrat beschlossen. Auch die Reihenfolge der Themen wurde bereits vereinbart: Zunächst soll der Verdacht von Geldflüssen seitens der Telekom zu ehemaligen Ministern unter die Lupe genommen werden. In weiterer Folge soll die Buwog-Privatisierung, die Vergabe des Blaulichtfunks, die Inseratschaltungen staatsnaher Unternehmen und danach von Ministerien, die Lockerung des Glücksspielmonopols sowie der Verdacht von Staatsbürgerschafts-Käufen untersucht.

**Gahr: „Telekommunikationsgesetz sorgt für raschen Breitbandausbau“
Schnelles und leistbares Internet für ländliche Regionen muss flächendeckend möglich sein**

Über 90 Prozent der österreichischen Bevölkerung verwenden in Beruf und Freizeit ein Handy, Smartphone oder mobiles Internet. Fakt ist dabei aber auch, dass es in unserem Land Unterschiede beim Zugang zu Telekommunikation gibt. „In den Städten funktioniert der Zugang bereits jetzt über Breitband nahezu perfekt, in ländlichen Regionen gibt es weiße Flecken und schlecht versorgte Gebiete“, erklärt ÖVP-Abgeordneter Hermann Gahr in der heutigen Sitzung des Nationalrates zur Novelle des Telekommunikationsgesetzes.

Um die derzeit unbefriedigende Situation im ländlichen Raum zu verbessern wurde von den Tiroler ÖVP-Abgeordneten eine Petition in den parlamentarischen Prozess eingebracht. Damit wurde der Druck, dass bei der Vergabe der Digitalen Dividende ländliche Gebiete nicht in Vergessenheit geraten, erhöht. „2012 werden die frei werdenden TV-Frequenzen versteigert. Es ist zu hoffen, dass es hohe Erlöse daraus gibt, die dann bevorzugt in benachteiligten ländlichen Regionen verwendet werden müssen“, fordert Gahr. Das EU-Ziel bis 2020 ist es, 50 Prozent der Haushalte mit 100 Megabits/Sekunde und den Rest mit zumindest 30 Megabits/Sekunde zu versorgen. „Davon sind wir noch weit entfernt“, zeigt sich Gahr realistisch.

Eine moderne und leistbare Telekommunikationsinfrastruktur sei heute eine Grundversorgung, um wirtschaftliche Entwicklung zu ermöglichen. Eine so genannte digitale Kluft zwischen Stadt und Land sei allemal ein Nachteil für Menschen, die im Berufsleben, aber auch im privaten Haushalt moderne Kommunikationsmittel brauchen und nutzen. Die Zusage von Frau Bundesministerin Bures, dass es beim Breitbandausbau eine besondere Berücksichtigung für den ländlichen Raum geben wird, begrüßt der Tiroler Abgeordnete. „Europäische Union, Bund und Länder haben sich zum Ziel gesetzt, den Breitbandausbau anzukurbeln und zu investieren. Dies ist eine Notwendigkeit und ein wichtiger Beitrag für das Wirtschaftswachstum in Österreich“, schließt Gahr.

Es grüßt Euch aus Wien,

